

Herr Jüdes verweist auf den Beschluss des Rates, dieses Thema erneut im Ausschuss zu behandeln. Die SPD-Fraktion befürworte eine Videoübertragung von Sitzungen ausdrücklich. Sollten weiterhin Fragen oder Bedenken bei den Ausschussmitgliedern bestehen, sollten diese jetzt ausgeräumt werden, um dem Rat einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

Frau Kemmler verweist darauf, dass die Voraussetzungen für eine Videoübertragung von Sitzungen nicht gegeben seien, da viele Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger einer Videoübertragung nicht zugestimmt hätten. Eine Übertragung mache nur Sinn, wenn diese nicht gestückelt stattfinde (Unterbrechung einer Übertragung bei Wortbeiträgen von Ratsmitgliedern, deren Zustimmung zur Übertragung nicht vorliegt).

Frau P. Droppelmann stellt in Aussicht, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu unterstützen und auf eine Videoübertragung aktuell zu verzichten. Sie regt an, stattdessen die Möglichkeit einer reinen Tonübertragung bzw. Tonaufzeichnung zu prüfen.

Herr Jüdes erläutert, dass auch bei einer ausschließlichen Tonübertragung die Zustimmung jedes Ratsmitglieds vorliegen müsse und dies von daher keinen Unterschied darstelle. Eine Aufzeichnung, egal ob Ton oder Video, sei darüber hinaus ohnehin rechtlich nicht zulässig. Die Anregung der SPD-Fraktion ziele alleine auf eine Live-Übertragung ohne Aufzeichnung ab. Dass einige Ratsmitglieder einer Live-Übertragung von Sitzungen widersprächen, stehe seiner Auffassung nach in keinem Einklang mit dem vom Bürger übertragenen Mandat zur Vertretung der Interessen der Gemeinde Eitorf. Es bestehe Informationsbedarf und der Rat sollte möglichst viel Transparenz schaffen.

Frau Sadrinna-Lorenz betont, dass noch einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten sei, um die Mehrheit davon zu überzeugen, sich mit einer Live-Übertragung anzufreunden. Daher sollte diese Bestrebung ggf. später erneut aufgegriffen werden.

Frau Grünebaum stellt darüber hinaus klar, dass die Einrichtung einer Übertragung von Sitzungen zudem erheblichen finanziellen und personellen Aufwand notwendig mache. Eine Umsetzung müsste im Haushalt veranschlagt werden. Aufgrund der aktuell ohnehin nicht einstimmigen Meinung schlägt sie vor, weiter Überzeugungsarbeit zu leisten und eine Umsetzung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024 zu thematisieren. Eine Berücksichtigung im Haushaltssicherungskonzept schein ohnehin kaum möglich.

BM Viehof betont seine positive Haltung gegenüber einer Videoübertragung von Sitzungen. Unter Umständen bestünde auch die Möglichkeit zur Einrichtung einer Art parallelen Videokonferenz in dessen Zuge jedes Ratsmitglied ein eigenes Tablet während der Sitzung erhalte, worüber man die Videofunktion individuell ausschalten könnte. An dieser Videokonferenz könnten sodann alle interessierten Bürgerinnen und Bürger teilnehmen.

Frau Zorlu schlägt vor, den aktuell vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung vorerst zurückzustellen und weiterhin Überzeugungsarbeit zur Aufklärung in Sachen Persönlichkeitsrechte zu leisten sowie die Fragen der Finanzierung zu klären.

Hierüber herrscht Einigkeit. Auf eine Abstimmung zum Beschlussvorschlag wird verzichtet.